

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 13. Dezember 1966

Blatt 3792

Anderung von zwei Schulgesetzen

=====

13. Dezember (RK) Stadtrat Gertrude Sandner hat heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung zwei Gesetzesentwürfe eingebracht. Es handelt sich um geringfügige **Änderungen des Wiener Pflichtschulorganisationsgesetzes** und des Wiener Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes. Die beiden Entwürfe werden vom Wiener Landtag in seiner nächsten Sitzung behandelt werden, die voraussichtlich am 22. Dezember stattfindet.

- - -

Neues städtisches Wohnhaus in der Ullmannstraße

=====

13. Dezember (RK) Baustadtrat Kurt Heller legte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates den Entwurf und den Kostenvoranschlag für ein städtisches Wohnhaus vor, das im 15. Bezirk, in einer Baulücke der Ullmannstraße 9-11 errichtet werden soll. Es handelt sich um ein viergeschossiges Gebäude mit 16 Wohnungen und zwei Ateliers. Durch einen geschmackvoll gestalteten Hof wird dieses Haus mit dem jetzt in Bau befindlichen städtischen Wohnhaus, 15, Graumanngasse 12-14, in Verbindung stehen. Die Projektpläne wurden von Dipl.-Arch. Heinrich Schwetter ausgearbeitet. Die Kosten betragen 4,4 Millionen Schilling. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel referierte über die dazugehörige Baubewilligung.

- - -

Personalmeldungen
=====

13. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat die Oberstadt- bauräte Dipl.-Ing. Friedrich Kurzweil (Magistratsabteilung 33) und Dipl.-Ing. Gustav Strasil (MD-Amtsinspektion) in die Dienstklasse VIII befördert und ihnen den Titel Senatsrat verliehen. Die Stadtbauräte Dipl.-Ing. Heinrich Podirsky (Magistratsabteilung 40) und Ing. Archi- tekt Kurt Zwickl (Magistratsabteilung 19) wurden Oberstadtbauräte. Der Technische Amtsrat Ing. Karl Dewitz (Gaswerke) wurde zum Technischen Oberamtsrat und die Amtsräte Johann Kauderer (MD-Amts- inspektion) und Kurt Mölzer (MD-Amtsinspektion) wurden zu Oberamts- räten befördert.

- - -

Fürs "Christkindl": 100 Millionen bei der "Z"
=====

Auch im November 1966 Spareinlagenzuwachs bei der Zentralsparkasse

13. Dezember (RK) Aus dem Monatsbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für November geht hervor, daß die Spareinlagen bei diesem Institut einen Zuwachs von rund 37,5 Millionen Schilling zu verzeichnen hatten und damit per 30. November auf insgesamt 8.575,3 Millionen Schilling angewachsen sind. Seit Jahresbeginn haben sich die Spareinlagen um mehr als 875 Millionen Schilling er- höht, das sind um rund 155 Millionen Schilling mehr, als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Im November und in den ersten Dezembertagen wurden auch jene Mittel bereitgestellt, die alljährlich vor Weihnachten durch die Sparvereine ausgezahlt werden. Gegenwärtig betreut die Zentralspar- kasse fast 1.200 Sparvereine, die zusammen rund 100 Millionen Schil- ling angespart haben. Dieser Betrag wurde in der Vorweihnachtszeit an mehr als 100.000 Mitglieder der Sparvereine ausgezahlt und stellt sicher einen nicht unbedeutenden Impuls für die heimische Wirtschaft dar.

Die meisten Sparvereine gibt es nach wie vor in Favoriten, wo von der Zentralsparkasse 129 Sparvereine betreut werden, die mehr als 12 Millionen Schilling auf ihren Konten hatten. Es folgt der 15. Bezirk mit 95 Vereinen, Ottakring mit 93 und Floridsdorf mit 57 Sparvereinen.

Für die Sparvereine mußten seitens der Zentralsparkasse rund 700.000 Banknoten und fast drei Tonnen Münzgeld zur Verfügung gestellt werden.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:Das Wiener Wohlfahrtswesen
=====

13. Dezember (RK) Am vierten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) behandelt. Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) erstattete das Referat. Sie führte aus:

"Mit einer Schnelligkeit, die man nie für möglich gehalten hätte, nie zu prophezeien gewagt hätte, hat sich die Welt und damit auch unser Land von Schrecken und Verlusten des zweiten Weltkrieges erholt. Vergessen von den einen, nicht erlebt von den anderen ist die Zeit der Not. Jene Not, die Schopenhauer einst die beständige Geißel des Volkes nannte, und die heute noch das Los von Millionen Menschen in Asien und Afrika ist, ist im westlichen Europa und bei uns zum größten Teil verschwunden, wenn auch die Zahl jener Menschen, die die Frage, ob sie im Wohlstand leben, bedenkenlos mit einem 'Ja' beantworten würden, wahrscheinlich noch immer außerordentlich klein sein dürfte.

Tatsache aber ist, daß das Volkseinkommen heute höher als je ist und wir uns an Konjunktur und Vollbeschäftigung zu gewöhnen beginnen oder sie sogar als Selbstverständlichkeit empfinden.

Und da fast täglich neue, bisher unbekannte Güter und Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik den Menschen dargeboten werden, ist es nur allzu verständlich, daß sich das allgemeine Interesse in erster Linie diesen Dingen zuwendet. Man will teilhaben an neu erschlossenen Wissensgebieten, an neuen Möglichkeiten der Existenz und ist in Gefahr, auf den Mitmenschen zu vergessen.

Spricht man von sozialen Fragen, so denkt man in erster Linie an Einkommensverhältnisse und Arbeitsbedingungen, an Beschäftigungslage und Sozialversicherung. Aber soziale Fragen umfassen viel mehr als das sozialpolitische Recht. Und die Behandlung dieses Themas fordert eigentlich immer dazu auf, die gesamte Problematik der Gesellschaft aufzurollen. Besonders in unserer Zeit, in der Veränderungen mitunter so rasch vor sich gehen, daß man sie kaum gewahr wird.

Wirtschaftsforscher, Soziologen und Philosophen sind auch stets bemüht, uns ein Bild der gesellschaftlichen Veränderungen zu zeichnen und für den Sozialarbeiter besteht mehr als für jeden anderen die Verpflichtung, die jeweils sich ergebenden gesellschaftlichen Erfordernisse zu erkennen. Dies umso mehr, als die soziale Lage eine **w**esentliche Voraussetzung dafür ist, daß sich die Persönlichkeit des einzelnen Menschen frei und voll entfalten kann.

Die erreichte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sowohl für den arbeitsfähigen als auch für den bereits aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Menschen ergibt nun, daß sich der Akzent von der wirtschaftlichen und strukturellen Hilfe immer mehr zur individuellen Hilfe verschiebt. Ich möchte daher **heuer** bei der Besprechung des Voranschlagsentwurfes meiner Geschäftsgruppe für 1967 diesen Aspekt unserer Arbeit besonders beleuchten.

Die Gesamtsumme, die für die Geschäftsgruppe IV zur Verfügung steht, beträgt 670,656.700 Schilling - ohne Lehrlingsheime und Altersheime. Von diesem Betrag dienen 439,256.700 Schilling, das sind um 48,641.300 Schilling mehr als im Vorjahr, der Arbeit für unsere Jugend. Rund 2.000 bis 2.500 Kinder und Jugendliche müssen jährlich in die Obhut der Gemeinde Wien übernommen werden und ebensoviele können entweder wieder ins Elternhaus zurückkehren oder nach abgeschlossener Berufsausbildung entlassen werden.

Die wichtigsten Gründe für die Übernahme eines Kindes sind nach wie vor: Schwererziehbarkeit, aber auch gesundheitliche Gefährdung und Verwahrlosungsgefahr. Von den 1.793 Kindern, die bis Oktober dieses Jahres in Pflege der Gemeinde Wien genommen werden mußten, waren auch 147 Kinder wegen Obdachlosigkeit der Eltern.

Die Mißhandlungsfälle sind erfreulicherweise zahlenmäßig etwas zurückgegangen. Während im Jahr 1965 140 Mißhandlungsanzeigen erstattet wurden, waren es bis Mitte Oktober 1966 85.

Aber wenn sich die Zahl der Mißhandlungen auch nicht erhöht hat, so hatten wir es andererseits zum Beispiel bei acht Kindern mit schweren Mißhandlungen zu tun, die auf eine besonders brutale Art erfolgten. Es zeigt sich dabei eine erschreckend unpersönliche Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Kind und manches Mal dauert es sehr lange, bis ein solches Kind in der ruhigen Atmosphäre eines Heimes oder einer Pflegefamilie sein schweres Kindheitserlebnis verarbeitet und nach und nach zu einem normalen, fröhlichen Kind wird.

In den Bezirksjugendämtern und in der Kinderübernahmestelle wurden im Berichtsjahr 2.459 Begutachtungen durchgeführt und etwa 3.704 Erziehungsberatungen mit den Eltern gefährdeter Kinder abgewickelt. In 2.583 Fällen wurden in Teambesprechungen die Entscheidungen, die durch die Jugendfürsorge zu treffen waren, vorbereitet.

In diesem Zusammenhang muß ich auch auf das Problem des Personalmangels hinweisen, der gerade auf dem Sektor der Fürsorgerinnen gefährlich wird, weil junge Menschen dadurch um eine Chance kommen können, Hilfe - oft im letzten Augenblick - zu erlangen.

Wenn die Personalsituation bei den Fürsorgerinnen auch besonders schwierig ist, so ist es doch nicht so, daß von unseren Fürsorgerinnen behandlungsnotwendige Fälle nicht bearbeitet, oder - wie Samstag in der Budgetdebatte behauptet wurde - Fälle von Kindermißhandlungen nicht im gesetzlichen Ausmaß wahrgenommen werden würden.

Es ist richtig, daß manches umorganisiert wurde. So werden jene Mündel - und nur jene - die in geordneten Familienverhältnissen aufwachsen, nicht mehr vier Mal jährlich, sondern bis zum sechsten Lebensjahr halbjährlich, später jährlich besucht, wobei Schulnachfragen dazukommen. Darf ich aber daran erinnern, daß das Erzieht „recht bei der Mutter liegt, und ist es dann nicht selbstverständlich, daß man der Mutter, von der man weiß, daß sie ihr Kind ordentlich erzieht, nur beratend zur Seite steht? Dort, wo Zweifel an der geordneten Familiensituation bestehen, dort bleibt die intensive Betreuung durch das Jugendamt.

Um die Arbeit der Fürsorgerin weiter zu erleichtern, und ihr die Möglichkeit zu geben, sich auf ihr ureigenstes Arbeitsgebiet, nämlich auf die Sprengelfürsorge konzentrieren zu können, werden wir 20 Aushilfsfürsorgerinnen aufnehmen, die die sogenannten angeordneten Dienste, das sind zum Beispiel die Arbeit in der Mutterberatungsstelle, der Verbindungsdienst zu Schulen oder Krankenhäusern und ähnliches übernehmen sollen. Wir hoffen, für diese Arbeiten ehemalige Fürsorgerinnen zu gewinnen, die aus familiären Gründen den Dienst quittierten und nun stundenweise die hauptberuflich tätige Fürsorgerin entlasten soll. Wie bekannt, haben die neuen Schulgesetze für die Ausbildung der Fürsorgerinnen den Status einer Akademie vorgesehen. Mit dieser gesetzgeberischen Maßnahme war die Hoffnung verknüpft, daß durch einen Zuwachs des Prestigegein größerer Anreiz geschaffen würde, sich dem Beruf einer Fürsorgerin zuzuwenden. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen, und die Zahl derer, die jährlich die Fürsorgeschule verlassen, reicht nicht aus, unsere Abgänge durch Pensionierung, Eheschließung oder ähnliche Gründe abzufangen. Aber diese Personalproblematik ist auf dem gesamten Sektor der sozialen Berufe zu beobachten.

Diese 'Krisis der Arbeitskraft', wie sie in der internationalen Fachliteratur genannt wird, ist heute ein Phänomen, das wir in der industriellen Gesellschaft in ganz Europa kennenlernen. Sie konnte weder durch hohe Anfangsgehälter noch durch eine immer mehr steigende Qualifikation der Sozialarbeiter gelöst werden. Meiner Meinung nach handelt es sich einfach darum, daß die Art der Arbeit der Grund ist, warum sich nur wenige junge Menschen diesen Berufen zuwenden beziehungsweise sie verlassen, sobald sie heiraten, eigene Kinder haben und dann ihre seelischen Energien lieber in den Dienst der eigenen Familie stellen. Trotzdem werden wir auch weiter versuchen, durch eine entsprechende Werbung das Interesse am Sozialberuf bei den jungen Menschen zu wecken, um unsere Aufgabe in der Jugendfürsorge erfüllen zu können.

Kinder- und Jugendheime

Damit komme ich zu unseren Kinder- und Jugendheimen, für die ein Ansatz von 107,683.000 Schilling vorgesehen ist. Das sind um 4,2 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Die größten Bauvorhaben dieser Sparte gelten: erstens dem Zentralkinderheim, wo nun der letzte Pavillon umgebaut, der Frauenmilchsammelstelle, die für die Mütter Wiens eine wichtige Rolle spielt und maschinell neu ausgerüstet wird, und dem Lindenhof. Hier kann der Westflügel fertiggestellt und mit dem Umbau von zwei weiteren Kindergruppen begonnen werden.

Vom Jänner 1965 bis September 1966 wurden in den Lindenhof - vorwiegend unter Mitwirkung von Gerichten - 201 Jugendliche eingewiesen, von denen nur 104 Hauptschüler waren. Von diesen Hauptschülern hatten aber mehr als ein Drittel nicht die 4. Klasse, ja in vielen Fällen nicht einmal die 3. Klasse absolviert. Von den übrigen Burschen waren 25 Volksschüler, von denen nur sieben fünf Klassen oder weniger besucht hatten. 72 der eingewiesenen Jugendlichen besuchten eine Sonderschule und wieder nur 32 erreichten dort die 5., bestenfalls die 6. Klasse.

Es ergibt sich also das Bild, daß mehr als 50 Prozent dieser neu aufgenommenen Jugendlichen eine Schulbildung hatten, die es ihnen normalerweise verwehrt, eine handwerkliche Lehre zu absolvieren. Auf eine geradezu drastische Weise, meine Damen und Herren, zeigt sich hier, wie soziale Schwierigkeiten, ja vielfach Kriminalität mit einem krassen Bildungsmangel verbunden sind, ja von ihm verursacht werden. Ich betone aber ausdrücklich das Wort Bildungsmangel, da es vielfach weniger der Mangel an Intelligenz ist, der zum schulischen Versagen führt, sondern im weitaus größeren Ausmaß das Fehlen einer fördernden Führung durch ein geordnetes Elternhaus.

Die Resultate, die unsere Schützlinge nämlich in ihrer Berufsausbildung zeigen, widerlegen, daß es sich hier einfach um Minderbegabungen handelt. Mehr als 90 Prozent aller in Ausbildung stehenden Burschen des Lindenhofes erreichen bei der Gesellenprüfung auf Anhieb ihre Berufsziele.

./.

Auch in der Berufsschule gab es nur 12,5 Prozent negativer Beurteilungen, die aber durch eine intensive Förderung während der Freizeit durch das Heim aufgefangen werden konnten.

Besonders die Freizeitsaktivitäten des Heimes haben eine wichtige sozialpädagogische Funktion erhalten. So war das große Ereignis in diesem Jahr die Eröffnung des neuen Sportplatzes im Lindenhof mit einem großen Sportfest, an dem auch ausländische Handballvereine teilgenommen haben. Die Anlage entspricht allen Anforderungen, die an eine Sportanlage gestellt werden.

Auch in unseren übrigen Heimen haben wir durch die Vertiefung und Ausweitung pädagogischer Tätigkeiten gute Voraussetzungen geschaffen, die Kinder sozial so an Umweltsverhältnisse heranzuführen, daß sie später nach ihrer Entlassung keine Schwierigkeiten haben.

Ich habe die Grundsätze, nach denen unsere Heime geführt werden, absichtlich etwas ausführlicher dergestellt, da wir leider eigenartigerweise auch heute noch sehr häufig das Wort vom 'dürftigen Leben' der Heimkinder hören und noch immer die Vorstellung des armen Waisenhauskindes aus der Zeit der Jahrhundertwende antreffen. Wir waren in den letzten Jahren auch sehr bemüht, unsere Kinder individuell zu kleiden. Das Heimkind soll nicht durch Kleidung gekennzeichnet sein und damit in seinem Selbstgefühl verletzt werden. So haben wir auch heuer wieder für Bekleidung der Kinder einen wesentlichen Betrag, und zwar 1.950.000 Schilling im Budget, das sind zirka 1.000 Schilling pro Kind.

Im Rahmen unserer Ferienaktion führen heuer insgesamt 132 Heimkinder für drei Wochen auf den Träbichl; 136 Kinder, deren Gesundheit es erforderte, haben wir auf Urlaub nach Riccione geführt. Auch die Gruppe der behinderten Kinder hat durch einen Aufenthalt im internationalen Lager für körperbehinderte Kinder in Sulzbach-Ischl Urlaub gemacht.

In unserem Dr. Adolf Lorenz-Heim in Mauer, das nun seit eineinhalb Jahren geöffnet ist, haben wir darauf gesehen, daß den Kindern nicht nur ein neues Heim, sondern auch eine neue pädagogische Umwelt geschenkt wurde. Es wurde die Tendenz verstärkt, dem körperbehinderten Kind die Möglichkeit zu geben, sich durch Selbständigkeit vollwertig zu fühlen.

In unseren Gesellenheimen in der Zohmanngasse und in der Aichhorngasse hat sich der Betrieb gut eingespielt. Die jungen Menschen, die hier wohnen, kommen aus fast allen Berufssparten - vom Hilfsarbeiter bis zum Techniker. Das Sparen, das - wie Sie wissen - für die Bewohner beider Heime obligatorisch ist, ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Das Mutter und Kind-Heim hat auch in diesem Jahr vielfach gezeigt, wie sehr diese Einrichtung geeignet ist, aus manchmal aussichtslos scheinenden Situationen jungen Mädchen einen Weg zu zeigen, sodaß sie ohne lebenslanger Schädigung ihren weiteren Lebensweg machen. **Vierzehn junge Mütter** verließen während dieses Jahres das Mutter-Kind-Heim, von denen acht heirateten. Von diesen acht hat aber nur eine den Vater ihres Kindes geheiratet, während die anderen nach ihrer ersten großen, unglücklichen Erfahrung einen Menschen finden konnten, mit dem sie gemeinsam ihr Leben meistern wollen. Nur eine der jungen Mütter war nicht imstande, nach ihrer Entlassung mit ihrem Kind zu leben, und sie mußte daher abermals in das Heim aufgenommen werden.

Von den übrigen Heimen will ich nur erwähnen, daß in Pötzleinsdorf und in der Hartäckerstraße die Kinder und Jugendlichen zweiundzwanzig verschiedene Schulen besuchen. In diesem Jahr hat wieder ein Jugendlicher mit bestem Erfolg die Matura abgelegt und studiert nun an der Technischen Hochschule. Drei Mädchen haben die Handelsschule absolviert und befinden sich in guten Stellungen. In unserem Heim in Klosterneuburg besteht nun der Bürokurs das zweite Jahr, und obwohl die Mädchen kein Zeugnis einer Handelsschule erhalten, werden sie gerne nach ihrer Entlassung angestellt.

Auf dem Gebiet der Heimerziehung zeichnet sich übrigens eine neue Situation ab. Einerseits haben wir infolge des 9. Schuljahres einen zusätzlichen Jahrgang heimmäßig zu betreuen, andererseits verschiebt sich die Zahl der aufzunehmenden Kinder von den Normalkindern zu den minderbegabten und cerebral geschädigten Kindern. Es wird sich dadurch voraussichtlich die Notwendigkeit ergeben, die Platzstruktur unserer Heime zu verändern. Da aber die meisten unserer Heime schon ein fast ehrwürdiges Alter aufweisen, und in manchen Fällen die Investitionskosten in keinem Verhältnis zu dem damit Erreichbaren stehen, bin ich sehr glücklich, einen Betrag für die Planung neuer Heimplätze im Budget zu haben.

Damit wird es uns möglich sein, ein oder zwei Heime nach den neuesten Erkenntnissen für die uns anvertrauten Kinder zu errichten, und ich hoffe, dem Wiener Gemeinderat spätestens bei der nächsten Budgetdebatte bereits den fertigen Plan vorlegen zu können.

Freude mit Pflegekindern

Wie bei meiner letzten Budgetrede angekündigt, führten wir im Mai dieses Jahres eine Werbeaktion durch, um Pflegeeltern oder Adoptiveltern für unsere Kinder zu gewinnen. Unter Berufung auf die Werbung haben sich aus Wien 140 Pflegefamilien gemeldet, zwei davon waren alleinstehende Frauen, acht haben dann doch darauf verzichtet, ein Kind bei sich aufzunehmen, 42 mußten aus den verschiedensten Gründen, wie z.B. wegen beengter Wohnverhältnisse, hohen Alters oder mangelnder Eignung abgewiesen werden, 48 Familien haben jedoch bereits Kinder bei sich in Obhut.

Von den übrigen kommen voraussichtlich noch weitere 34 Elternpaare in Frage; in acht Fällen ist es noch unsicher, ob eine Vermittlung möglich sein wird. Besonders erfreulich ist es, daß von 36 Pflegevätern 34 im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, also im besten Vateralter sind. Bei den Pflegemüttern ist dieses Verhältnis noch günstiger: Von ihnen waren 43 in dieser Alterskategorie.

Über die Meldungen der Pflegeeltern aus Wien waren wir besonders froh, weil wir wünschen, daß die Kinder nach Möglichkeit in jenem Lebensbereich aufwachsen sollen, in dem sie sich später zu bewähren haben. Wir waren aber auch dankbar für das gezeigte Interesse aus den übrigen Bundesländern, wo sich ebenfalls unter ausdrücklicher Berufung auf die Werbung, 227 Familien gemeldet haben, von denen aber 91 nach den einleitenden Kontakten kein Interesse mehr zeigten. 14 geeignete Pflegestellen wurden von den lokalen Jugendämtern der entsprechenden Bundesländer selbst besetzt. 30 Bewerber waren nicht geeignet, an 51 Pflegeeltern konnten aber schon Kinder übergeben werden, 33 Familien sind noch im Stadium der Überprüfung. 8 Interessenten aus den Bundesländern haben sich sogar zu einer Adoption entschlossen.

Hinsichtlich der durchgeführten Adoptionen ergab sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres, verglichen mit 1965, aber eher eine rückläufige Tendenz. Es wurden heuer nur 209 Kinder, das sind um 13 weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres, adoptiert. In den letzten Monaten stieg aber die Zahl der Adoptionswerber wieder an.

Mit 1. Jänner 1967 können wir auf Grund des vom Wiener Gemeinderat bereits gefaßten Beschlusses den Pflegeeltern ein erhöhtes Pflegegeld aushändigen, und ich kann sagen, daß auch die Abgeltung der Sachaushilfen durch den zweimal jährlich ausbezahlten Geldbetrag sehr positiv aufgenommen wurde.

Insgesamt stehen uns für das kommende Jahr für unsere Pflegekinder 106,868.700 S gegen 93,4 Millionen Schilling zur Verfügung.

17 neue Kindertagesheime werden 1967 vollendet oder begonnen

Kindergärten sind nach wie vor von besonderer Bedeutung für die Familien und unserer Stadt, besonders aber auch im Hinblick darauf, daß wir derzeit wieder ein leichtes Ansteigen der Geburtenzahlen beobachten können. In diesem Jahr konnten bisher 6 neue Kindertagesheime mit 19 Gruppen neu eröffnet werden. 2 weitere, und zwar die Kindertagesheime Rugierstraße und Wienerfeld-West wurden ebenfalls bereits übernommen und werden, sobald die Einrichtungsarbeiten abgeschlossen sind, im Jänner in Betrieb genommen werden.

Auch hier ist es aber notwendig, ein Wort über die Personalsituation zu sagen: Die Einrichtung der Kindergartenhelferin hat sich besonders in diesem Jahr als sehr segensreich erwiesen, da uns infolge der Einführung des 9. Schuljahres heuer nur die Schülerinnen einer Klasse unserer Bildungsanstalt nach Abschluß ihres Studiums zur Verfügung standen. Derzeit sind von 1.224 pädagogischen Bediensteten 133 Helferinnen.

Bis zum Ende dieses Jahres werden 44 Helferinnen durch Ablegung der Externistenprüfung vollwertige Kindergärtnerinnen geworden sein. Trotzdem ist es nicht gelungen, das personelle Defizit aufzufangen. Der Abgang von pädagogischen Personal ist heuer noch stärker geworden als dies im vergangenen Jahr der Fall war. Immer stärker erweisen sich Eheschließung und das eigene Kind, und andererseits die Inanspruchnahme der vorzeitigen Pension als Gründe dafür, den Dienst zu quittieren.

Ab dem kommenden Jahr erhoffen wir eine Erleichterung auf diesem Personalsektor, da nicht nur aus der eigenen Bildungsanstalt sondern auch aus anderen Absolventinnen zur Verfügung stehen, und ab 1968 können wir sogar mit zwei Jahrgängen aus der eigenen Bildungsanstalt rechnen. Dazu kommen auch jene aus anderen Bildungsanstalten. Um aber auch die notwendige Anzahl von Kindergärtnerinnen für die kommenden Jahre zu sichern, werden wir im Frühjahr wieder durch entsprechende Werbung versuchen, mehr Eltern und Hauptschülerinnen für unsere Schule zu interessieren. Vielleicht gelingt es uns doch einmal, nicht nur mit 2, sondern mit 3 ersten Klassen zu beginnen.

Erst vor kurzem, bei den Verhandlungen in Montreal wegen der Errichtung unseres Kindergartens auf der Expo 1967, konnte ich mich wieder davon überzeugen, welche Bedeutung der Wiener Kindergarten in der Welt hat. Das verpflichtet uns aber auch, alles zu tun, damit dieser Ruf immer von neuem bestätigt werden kann. Die Ausweitung der Frauenberufstätigkeit, besonders aber der Berufstätigkeit der Mutter hält unvermindert an. Mehr und mehr fällt es also der Gesellschaft zu, hier durch solidarische Hilfe die Gefahren für die Entwicklung unserer Großstadtjugend zu verhindern und darüber hinaus dem Kindertagesheimwesen eine positive Funktion, nämlich die der Gemeinschaftserziehung, zu geben.

Es wurden deswegen in dem Ihnen vorliegenden Entwurf auch heuer wieder große Summen, und zwar insgesamt 199,374.100 S, das ist ebenfalls eine Steigerung um 23,526.500 S, aufgenommen, mit denen im kommenden Jahr die Arbeiten an zehn Kindergärten fortgesetzt bzw. abgeschlossen werden sowie mit dem Bau von sieben neuen Kindergärten begonnen werden wird.

Beim Bau des Kindergartens in Wien 19, Vindhabergasse, handelt es sich allerdings um einen Ersatzbau, da die Kinder aus der Schule, die wieder für Schulzwecke gebraucht wird, ausziehen mußten.

Auf Seite 88 des Voranschlagsentwurfes finden Sie auch unter der Aufzählung der geplanten Neubauten die Wurmbrandgasse im 22. Bezirk. Es hat sich nun nach der Budgeterstellung ergeben, daß noch weitere Grundverhandlungen notwendig sein werden. Da aber gerade dieser Bezirk infolge der vielen Neubauten einen besonderen Bedarf an Kindertagesheimen hat, würden wir gerne dem Wunsch des Bezirkes entsprechen, und den Bau des Kindertagesheimes in der Wurmbrandgasse zurückstellen und mit der dafür bestimmten Baurate das Kindertagesheim in der Eipeldauerstraße beginnen. Ich bitte Sie daher um Zustimmung, daß im Budgetvoranschlag auf Seite 88 die Wurmbrandgasse gestrichen und dafür die Eipeldauerstraße aufgenommen wird.

Für Planungsarbeiten haben wir eine halbe Million Schilling im Voranschlag. Auch das Adaptierungsprogramm beziehungsweise die Modernisierung von Kindergärten durch Zentralheizung, die uns helfen sollen, auch hier dem Personalmangel durch Rationalisierung entgegenzuwirken, wird mit 1,4 Millionen Schilling fortgesetzt. So wird es auch im kommenden Jahr großer Anstrengungen bedürfen, um zu vermeiden, daß diese familienpolitisch bedeutsame Arbeit gefährdet wird.

Opferfürsorge

Bei der Opferfürsorge handelt es sich um die Vollziehung eines Bundesgesetzes. Am 1. Jänner dieses Jahres hatten wir noch 6.847 offene Akten zu verzeichnen; 6.077 konnten bis Oktober erledigt werden. Trotzdem scheinen Ende Oktober wieder 3.370 Anträge als unerledigt auf, da heuer bereits wieder 2.600 neue Anträge eingereicht wurde.

In den in diesem Jahr abgeschlossenen 6.077 Akten sind auch Anträge enthalten, deren Erledigung sich wegen der Länge des Ermittlungsverfahrens bis zu 1 1/2 und 2 Jahren hingezogen hat. Die Schwierigkeiten im Ermittlungsverfahren liegen vor allem bei den Antragstellern, die im Ausland leben und daher der Kontakt nur brieflich abgewickelt werden kann. Oft sind komplizierte Umwege über die Vertretungsbehörden beziehungsweise zu ausländischen Behörden zur Beweissicherung notwendig.

Neben den eingereichten neuen Anträgen werden aber auch alle 140.000 erledigten und in der Registratur abgelegten Akten dahingehend überprüft, ob auch alle Personen, die bereits in den ersten Jahren nach dem Krieg als Opfer anerkannt wurden, auch alle Leistungen nach den späteren Novellen des Opferfürsorgegesetzes beantragt haben. Auf diese Weise konnten im heurigen Jahr bereits in 1.200 Fällen zusätzliche Entschädigungen angewiesen werden. Wenn die 18. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, wie dies dem Wunsch der politisch und rassistisch Geschädigten entspräche, durch das Parlament verabschiedet werden wird, wird durch die vorangegangene Durchsicht aller Akten das Referat in der Lage sein, die daraus resultierende neue Arbeit rasch zu bewältigen.

Erwachsenenfürsorge

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen darauf verwiesen, daß Sozialarbeit eine Schlüsselstellung in der Verwaltung eines Gemeinwesens einnimmt und daß wir, die wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge tätig sind, daher die Aufgabe haben, besonders auf Veränderungen der gesellschaftlichen Gesamtstruktur zu achten. Nach diesem Grundsatz waren wir auch in all den Jahren bisher bemüht, die Leistungen der Fürsorge der wirtschaftlichen und sozialen Situation anzupassen.

Die Verminderung der Zahl der Fürsorgeempfänger bot uns die Möglichkeit, die materiellen Leistungen der Fürsorge entsprechend auszugestalten und nach modernen Gesichtspunkten durchzuführen.

Seit 1960 erhöhten wir daher die Fürsorgerichtsätze jeweils um den gleichen Betrag - und nicht nur um den gleichen Prozentsatz!-, um den die Ausgleichsrenten erhöht wurden. Wenn die Fürsorgerichtsätze betragsmäßig auch gegenüber den Ausgleichsrenten zurückblieben, so wurde diese Differenz von Jahr zu Jahr in verstärktem Maße durch Sach- und Geldaushilfen aufgefangen. Das gilt nicht für die arbeitsfähigen Frauen unter 60 Jahren und Männer unter 65 Jahren. Die Arbeitsfähigen müssen, soweit sie sich an die Fürsorge wenden, verständlicherweise nach anderen Gesichtspunkten behandelt werden.

Wir setzten damit jenen Weg fort, den Tandler vor mehr als 45 Jahren begann, als er die 'Armenpflege' aus dem 19. Jahrhundert durch die moderne Pflichtfürsorge ersetzte. Benötigt aber der Befürsorgte - und das gilt bis heute - eine Sach- oder Geldaushilfe, weil er mit dem Betrag des Fürsorgerichtsatzes seinen Lebensunterhalt nicht ganz bestreiten kann, muß er zum Fürsorge- rat gehen und darum ersuchen.

Immer noch besteht also dieser Faktor, einer gewissen Demütigung, die besonders alte Menschen schmerzlich empfinden. Wenn aber der Befürsorgte alte Mensch das Recht hat, die Hilfe der Fürsorge in Anspruch zu nehmen, so hat meiner Meinung nach die Gesellschaft die Verpflichtung, diese Hilfe so zu gewähren, daß das Selbstwertgefühl der Betroffenen nicht verletzt wird. In konsequenter Fortführung der vor mehr als 45 Jahren begonnenen Reform des Fürsorgewesens halten wir daher den Zeitpunkt für gekommen, den nächsten Schritt zu tun:

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Richtsätze für die Dauerunterstützungen ab 1. Jänner 1967 werden wir der Wiener Landesregierung den Antrag vorlegen, ab 1. Jänner 1967 die Fürsorgerichtsätze um 8,1 Prozent, entsprechend dem Anpassungsfaktor für die Ausgleichszulage, plus der Teuerungszulage in jener Höhe, die in den nächsten Tagen vom Parlament beschlossen werden wird, zu erhöhen und dazu einen Zuschlag bis zur vollen Höhe der Ausgleichsrente einschließlich der Mietenbeihilfe von 30 Schilling, aber abzüglich des Krankenkassenbeitrages zu gewähren. Damit werden die Befürsorgten der Stadt Wien auch nach außenhin den Beziehern einer Ausgleichsrente gleichgestellt.

Den ersten Schritt zu dieser Lösung vollzogen wir vor einem Jahr, als wir das Warenlager der Magistratsabteilung 12 aufließen und dafür den Befürsorgten Barbeträge zum Ankauf von Bekleidungsstücken etc. übergaben.

Der Erfolg gab uns recht und daher können wir mit umso größerer Freude diese weitere Veränderung vornehmen. Wir geben so den befürsorgten, alten Menschen und Arbeitsunfähigen das Gefühl der Selbständigkeit und sichern ihnen damit eine Lebensweise, die unserer Auffassung von Menschenwürde entspricht.

Unsere Fürsorgeräte aber bitten wir, auch weiterhin Berater der Befürsorgten zu sein; besonders in der ersten Zeit des Überganges, wenn es gelten wird, da und dort eventuelle Unklarheiten zu beseitigen oder wenn Befürsorgte sowie manche Nichtbefürsorgte sich in besonders schwierigen Situationen um Rat und Hilfe an ihn wenden.

Die Zahl der Befürsorgten ist in diesem Jahr wieder um rund 200 Personen gesunken. Vergleichen wir die Abnahme mit der der vergangenen Jahre, so ist sie relativ gering und wir dürfen daher annehmen, daß sich die Zahl von 7.000 nur mehr sehr langsam verändern wird.

Im Voranschlag ist für die Dauerunterstützungen schon im Hinblick darauf, daß auf alle Fälle ab 1. Jänner 1967 eine Erhöhung erfolgen muß, wenn auch zum Zeitpunkt der Budgetperlustrierung die Höhe noch nicht feststand, ein Betrag von 84,7 Millionen Schilling vorgesehen, dem der tatsächliche Aufwand für dieses Jahr von voraussichtlich 79,4 Millionen Schilling gegenübersteht.

Der Betrag von 84,7 Millionen Schilling wird sich aber auf Grund der Neuregelung auf rund 90 Millionen Schilling erhöhen. Wir werden aber auf anderen Posten, zum Beispiel Geldaushilfen und Urlaubsaktion, Einsparungen in der Höhe von rund 3,3 Millionen Schilling erzielen, da der Bezieher einer Dauerunterstützung nun natürlich jenen Teil für den Landaufenthalt beitragen muß, der für die reine Verpflegung anfällt, sodaß gegenüber dem Budgetansatz voraussichtlich nur eine Mehrbelastung von insgesamt rund 1,7 Millionen Schilling entstehen wird.

Auch bei der Blindenbeihilfe hat sich durch die für 1. Jänner 1967 beschlossene Erhöhung eine Steigerung des Aufwandes von 23.500.000 Schilling auf 29.000.000 Schilling ergeben. Erhöhte sich die Zahl der Vollblinden im Jahre 1965 von 2.474 auf 2.515, und die Zahl der Praktischblinden von 827 auf 950, so können wir in diesem Jahre eine Verringerung der Zahl der Vollblinden von 2.515 auf 2.376, aber dagegen eine Steigerung der Zahl der Praktischblinden von 950 auf 1.078 feststellen.

Behindertenhilfe

Zu den finanziellen Leistungen für Hilfsbedürftige kommt heuer ein erheblicher Betrag, der auf Grund des hier in diesem Hause im Juli beschlossenen Behindertengesetzes zum erstenmal im Budget aufscheint. Wir haben im Voranschlag für die Durchführung dieses Gesetzes, mit dem eine Lücke im System der sozialen Sicherheit geschlossen werden konnte, einen Betrag von insgesamt fünf Millionen Schilling vorgesehen, von dem etwas mehr als vier Millionen Schilling für die Ausschüttung des Pflegegeldes reserviert sind.

Bis zum 4. November 1966 wurden nur insgesamt 50 Anträge auf Leistungen nach dem Behindertengesetz gestellt. Von diesen entfielen 41 auf das Pflegegeld, einer auf Hilfe zur geschützten Arbeit und acht auf Eingliederungshilfe. Wir haben trotzdem organisatorisch und institutionell vorgesorgt, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Die Arbeitstherapeutischen Kurse, die wir seit vielen Jahren in der Josefstädter Straße führen und in deren Rahmen ein blendend funktionierendes Team wertvolle Erfahrungen auf dem Gebiete der Eingliederungshilfe gesammelt hat, werden im März in ein neues Haus in der Speckbachergasse ziehen, wo sie in einem modern und sinnvoll eingerichteten Haus in erweitertem Rahmen fortgeführt werden. In diesem Haus wird auch 'Jugend am Werk' eigene Trainingskurse führen.

Durch unsere enge Zusammenarbeit mit dem Verein 'Jugend am Werk', für den die Stadt Wien in sehr bedeutender Weise Subventionsträger ist, werden wir hier alle Möglichkeiten haben, Behinderte zu trainieren und zu beschäftigen.

Eheberatung

Eine andere Einrichtung, die für tausende Wiener mitunter zu einer geradezu schicksalhaften Bedeutung geworden ist, und die eigentlich viel zu wenig, und dies zu unrecht, bekannt ist, ist die Eheberatung, die von unserem Referat Individualfürsorge durchgeführt wird.

Diese Einrichtung hatte houer am 2. Oktober ihren 10. Geburtstag, und ist zu einem wichtigen Stück Arbeit für die Familie geworden. In diesen zehn Jahren haben 10.549 Menschen Rat und Hilfe gefunden. Es kennzeichnet vielleicht die Problematik, die diese Menschen in die Beratung geführt hat, daß allein 6.520 Frauen Hilfe suchten. Ein geschultes Team von Psychologen, Ärzten, Juristen und Fürsorgern steht zweimal wöchentlich zur Verfügung, wenn Männer und Frauen, die sich in ihrer persönlichsten Situation keinen Rat mehr wissen, zu ihnen kommen.

Dazu einige Zahlen:

In Jahre der Gründung der Ehe- und Familienberatung haben in Wien bei 13.617 Eheschließungen 3.921 Scheidungen stattgefunden. Vier Jahre später - 1960 - wurden bei 14.376 Eheschließungen 3.640 Ehen geschieden. 1964, dem letzten Jahr, aus dem eine abgeschlossene Statistik vorliegt, waren bei 14.847 Eheschließungen 3.630 Ehescheidungen zu verzeichnen gewesen.

Es ergibt sich also die interessante Erscheinung, daß bei einer stetig steigenden Zahl der Eheschließungen ein ebenso kontinuierliches Absinken der Scheidungsziffern zu beobachten ist.

Die Betreuung unserer alten Mitbürger

Eines der bedeutendsten Probleme unserer Zeit ist eine entsprechende Vorsorge für unsere alten Mitbürger.

Nun ist die Betreuung alter Menschen eine besonders heikle Aufgabe und gehört zu den ungelösten Problemen unserer Zeit. Funktionsverlust, Einsamkeit und Kontaktlosigkeit sind die Bürde des Alters und der alte Mensch bedarf also der Hilfe und Betreuung; wird sie ihm aber nicht in genau überlegter und dosierter Form geboten, so lehnt er sie ab, denn der ausgeprägte Wunsch des alten Menschen ist, seine Selbständigkeit zu behalten, solange es ihm nur seine Kräfte erlauben.

Diese Kräfte zu pflegen und damit besondere Beschwerden des Alters, die auf gestörte Umweltsbeziehungen zurückgehen, zu verhindern, scheint mir eine der dringenden Aufgaben. Hier erfüllen unsere Pensionistenklubs eine besondere Funktion.

Für die Führung der derzeit 102 Pensionistenklubs haben wir im Budget 6,5 Mill. Schilling vorgesehen, das ist um fast eine halbe Million Schilling mehr als im Vorjahr. Die Struktur der Besucher hat sich heuer noch mehr als bisher zugunsten der Sozialrentner verschoben. Von den rund 6.100 Frauen und Männern, die derzeit die Klubs besuchen, sind bereits 89,5 Prozent Sozialrentner.

Die Ausweitung des Klubnetzes bietet einer immer größeren Zahl von Pensionisten die Chance, besonders während der dunklen Jahreszeiten durch den geselligen Kontakt ihre Einsamkeit zu überwinden.

Eine der am schwierigsten zu überwindenden Krise im menschlichen Leben ist die tief einschneidende Zäsur des Ausscheidens aus dem aktiven beruflichen Leben.

Nun habe ich bereits in meiner letzten Budgetrede davon gesprochen, daß wir allen, die in diese Situation kommen, gerne eine kleine Broschüre auf den Weg in ihrem neuen Lebensabschnitt mitgeben wollen. Es war aber nicht leicht, jemanden zu finden, der genügend Einfühlungsvermögen besitzt, um diese Aufgabe bewältigen zu können. Erst vor kurzem ist uns dies gelungen. Es liegt nun der Entwurf für diese kleine Broschüre vor, die jenen, die plötzlich an der Schwelle ihres Arbeitslebens stehen, Ratschläge, Hinweise und vorsichtige Anleitung für die sich mit einem Mal ergebenden Probleme des täglichen Lebens liefern wollen. Der Wunsch, den wir mit der Herausgabe dieser Broschüre verbinden, ist vor allem, daß sich ein lebhaftes, kritisches Echo ergeben möge. Wir hoffen, daß die Herausgabe der Broschüre uns auch hilft, neue Problemzusammenhänge sichtbar zu machen.

Als bedeutende Hilfe in unserem Bemühen, den alten Menschen sich nicht selbst zu überlassen, und ihn vor einem Absinken in ein Dahinvegetieren zu entreißen, haben sich unsere Pensionistenheime erwiesen.

Die Tatsache, daß bereits mehr als 4.000 Männer und Frauen darauf warten, aufgenommen zu werden, zeigt uns, daß es hier ein riesengroßes Vakuum gibt, dem wir entgegenzuwirken haben.

Wie Sie wissen, hätte zu Beginn dieses Jahres bereits mit dem Bau des dritten Pensionistenheimes begonnen werden sollen, und zwar aus Mitteln des Wohnbauförderungsfonds, und die Stadt Wien hat dem Kuratorium auch bereits die zur Erlangung eines entsprechenden Kredites erforderlichen Eigenmittel in der Höhe von 4,280.000 Schilling in Form eines Kredites zur Verfügung gestellt. Aber Rechtsstreitigkeiten mit Anrainern konnten bis jetzt nicht bereinigt werden, so daß sich der Baubeginn vermutlich doch noch bis März hinauszögern wird. Inzwischen ist auch das vierte Pensionistenheim planungsmäßig abgeschlossen und der Bau kann ebenfalls im kommenden Frühjahr beginnen.

Besonders bitter ist es, wenn zu den altersbedingten Schwierigkeiten, die jeden Menschen ohne Unterschied des Ansehens und des Standes treffen, wirtschaftliche Schwäche kommt. Wir achten daher bei der Aufnahme in unsere Pensionistenheime sehr sorgfältig darauf, daß auch die wirtschaftlich Schwächeren berücksichtigt werden. Von den 169 Pensionären des Sonnenhofs haben wir 62, die nur einen Teil des Pensionsbetrages bezahlen, und im Pensionistenheim Föhrenhof sind es 33 Männer und Frauen von insgesamt 137 Pensionären. Für rund ein Drittel der Bewohner in beiden Heimen trägt also die Stadt Wien zu den Verpflegskosten bei.

Der häufigste Grund, warum alte Menschen in unsere Heime aufgenommen werden wollen, sind Schwierigkeiten, die sich mit der Versorgung des täglichen Bedarfes ergeben. Seit Jahren beschäftigt uns daher das Problem, wie wir es in den krassesten Fällen bewerkstelligen könnten, alten, schon etwa schwerfälligen Menschen, das Leben zu erleichtern, indem wir ihnen die Sorge um das tägliche Kochen abnehmen.

Hier sind es weniger jene, die kränklich zu Bett liegen, diese können wir zum Großteil durch unsere Heimhilfe versorgen. Auf diesem Sektor unserer Arbeit ist es uns sogar gelungen, trotz des großen Personalmangels auch heuer eine Ausweitung der Zahl der Pflegestunden zu erreichen, obzwar die Fluktuation bei den Heimhelferinnen relativ groß ist.

Bis zum 15. November haben 63 von den 156 Heimhelferinnen gewechselt. Es ist aber im Vergleich zum Vorjahr doch ein kleiner Erfolg zu verzeichnen, wir können derzeit um fünf Heimhelferinnen mehr beschäftigen als im Vorjahr.

Das Problem bilden aber jene alten Personen, die wir nicht im Rahmen der Heimhilfe erfassen können, die nicht bettlägerig sind, aber bei denen leichtere Formen der Gebrechlichkeit vorliegen. Seit ungefähr zwei Jahren suchen wir hier eine Lösung in der Form eines Essen-Zustelldienstes zu finden. Eine ähnliche Lösung wie in Graz, wo rund 200 Personen mit Essen aus den Altersheimen versorgt werden, stößt bei uns auf Schwierigkeiten, da sich unsere Anstalten infolge Personalmangels außerstande erklären, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Inanspruchnahme einer Großküche ist bisher gescheitert an den hohen Transportkosten.

Wir arbeiten aber an diesem Problem weiter und hatten vor, in einem Bezirk in Zusammenarbeit mit der WÖK versuchsweise einen Mittagstisch für unsere zwar noch gehfähigen, aber schon etwas gebrechlichen, alten Mitbürger zu organisieren. Vorläufig sieht aber die zuständige Fachgruppe der Kammer darin noch die Gefahr einer schweren Schädigung ihres Gewerbes. Aber vielleicht gelingt es uns, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Das Ihnen vorliegende Budget, meine Damen und Herren, enthält eine Reihe von Ansätzen, die uns in die Lage versetzen sollen, all die skizzierten Tendenzen in unserer Arbeit zu realisieren. Rund 3.500 Mitarbeiter sind in meiner Geschäftsgruppe bemüht, die gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der Sozialarbeit zu erfüllen, und ich möchte es bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, ihnen allen meinen herzlichen Dank zu sagen: den Fürsorgerinnen, den Kindergärtnerinnen, den Erziehern ebenso wie den Mitarbeitern an den Schreibtischen, und besonders den Abteilungsleitern und Dezernenten. Danken auch den ehrenamtlichen Fürsorgeräten und besonders den Mitgliedern meines Ausschusses für ihre interessierte Mitarbeit.

Wenn ich Sie, meine Damen und Herren, davon überzeugen konnte, daß wir mit unserer Arbeit, die in diesem Budget ihren Niederschlag findet, eine weitere Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten vollziehen, dann bitte ich Sie, den vorliegenden Ansätzen für meine Geschäftsgruppe Ihre Zustimmung zu geben."

In ihrer Budgetrede kam Stadtrat Maria Jacobi auch noch auf folgende Punkte zu sprechen:

Für die Behandlung von Mißhandlungsanzeigen ist ein eigenes organisatorisches Schema vorhanden, das automatisch beim Eintreffen einer Anzeige abgewickelt wird, und zwar wird

1) die Mißhandlung bei einem Sofortbesuch durch die Fürsorgerin qualifiziert;

Bei ernster Mißhandlung wird

1) der Polizeiarzt eingeschaltet und

2) als Sofortmaßnahme die Abnahme des Kindes durchgeführt.

Nun gibt es tatsächlich Fälle, in denen nichts geschieht, und zwar einfach deswegen, weil die Art der Mißhandlung keine Handhabe zum Einschreiten gibt. Rivalitäten und Schwierigkeiten zwischen Nachbarn, oft auch Mißverständnisse sind Anlaß von Anzeigen, deren Überprüfung dann eben nichts ergibt. Auch hier ist die Schulung der Fürsorgerin und ihr "Gespür" das Kriterium für die Qualifikation eines angezeigten Tatbestandes. Immer steht der Fürsorgerin bei der Behandlung solcher Fälle vor Augen, daß das Recht der Familie, und das schließt mitunter auch eine Züchtigung ein, zu achten ist. Erst wenn ein Mißbrauch offenbar wird, wird zum Schutze des Kindes etwas unternommen; dann aber nicht lange Zeit nichts, sondern sofort.

Wenn jemand über entsprechende Informationen verfügt, die auf ein Versagen der Jugendämter schließen lassen, bittet sie, diese Fälle bekanntzugeben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Ehrenzeichen für Wiener Feuerwehr- und Rettungsmänner
=====

13. Dezember (RK) Im Roten Salon des Wiener Rathauses überreichte heute vormittag Landeshauptmann Bruno Marek fünf Feuerwehr- und Rettungsmännern Ehrenzeichen für ihre Verdienste im Lauf ihrer 40- beziehungsweise 25jährigen Tätigkeit im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen. An der Überreichungsfeier nahmen Stadtrat Rudolf Sigmund, Branddirektor Dipl.-Ing. Franz Havelka, der Leiter des Anstaltenamtes, Senatsrat Dr. Franz Widmayer, und Rettungschefarzt Dr. Franz Motz teil.

Die Ehrenzeichen für Verdienste während ihrer 40jährigen Tätigkeit erhielten Oberbrandrat Dipl.-Ing. Anton Ströbl von der Feuerwehr der Stadt Wien, Stationsleiter Karl Schuster vom Wiener städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst und der Kommandant der Betriebsfeuerwehr der Shell-Austria AG (Raffinerie Floridsdorf) Johann Finsterl. Die Medaille für Verdienste in 25jähriger Tätigkeit überreichte der Landeshauptmann dem Lenker des Rettungsdienstes Anton Kubacek und dem Gruppenkommandanten der Shell Austria-Betriebsfeuerwehr Josef Frind.

Nach einleitenden Worten von Stadtrat Rudolf Sigmund würdigte Landeshauptmann Bruno Marek die hervorragende Tätigkeit der ausgezeichneten, die nicht nur für ihre Kollegen, sondern für die gesamte Bevölkerung unserer Stadt Vorbilder sind. Der Landeshauptmann gab seiner Freude darüber Ausdruck, seinen aufrichtigen Dank für die hervorragende Tätigkeit im Dienst der Menschlichkeit sagen zu können, die von den Männern der Feuerwehr und des Rettungsdienstes geleistet wird - eine wahrlich schwere Tätigkeit, die in der Öffentlichkeit oft genug unbekannt bleibt. Alle diese Männer haben stets Menschlichkeit geübt und ihren Mut bewiesen, nicht Heldermut am Schlachtfeld, sondern Mut im Dienste am Nächsten. Seit 1951, als der Wiener Landtag die Verleihung der Ehrenzeichen beschloß, wurden insgesamt bereits 871 Angehörige der Feuerwehr und des Rettungswesens ausgezeichnet.

Oberbrandrat Dipl.-Ing. Anton Ströbl, der 1926 in den Dienst der Gemeinde Wien trat und im Lauf seiner Tätigkeit eine ganze Generation von Feuerwehrmännern mit den Aufgaben ihres schwierigen Berufes vertraut gemacht hat, widersetzte sich im April 1945 dem

sinnlosen Befehl, die Wiener Feuerwehr zu evakuieren. Ihm ist es also in erster Linie zu verdanken, daß die Feuerwehrleute in den schwersten Tagen der Wiener Bevölkerung helfen konnten. 1956 wurde ihm das Referat für Organisation und Verwaltung übertragen, seit 1960 führt er das Referat für Technik und Ausrüstung. Mit Ablauf dieses Jahres geht Oberbrandrat Dipl.-Ing. Anton Ströbl in den verdienten Ruhestand.

Stationsleiter Karl Schuster, der seit 40 Jahren seinen Dienst bei der Wiener Rettung versieht, hat nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch im österreichischen Sportwesen mit großartigen Leistungen aufzuwarten. Er war nämlich Europameister im Stemmen und mehr als dreißig Mal österreichischer Meister in dieser Disziplin.

Kommandant Johann Finsterl ist seit 1923 Mitglied der Shell-Betriebsfeuerwehr. 1950 erhielt er bereits für seine 25jährige ausgezeichnete Tätigkeit das Ehrenzeichen.

Lenker Anton Kubacek und Gruppenkommandant Josef Frind stehen, wie Landeshauptmann Marek betonte, seit 25 Jahren an der vordersten Front im Dienste der Menschlichkeit und im Dienst für unsere Stadt.

Oberbrandrat Dipl.-Ing. Ströbl dankte im Namen der Ausgezeichneten für die Ehrung und fügte seinen Worten hinzu: "Wenn ich noch einmal auf die Welt komme, möchte ich wieder Feuerwehrmann werden!"

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in dieser Woche

=====

13. Dezember (RK) In dieser Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Donnerstag, den 15. Dezember:

18.00 Uhr, Wieden, Preßgasse 24/1/105.

Vier neue Freisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung
=====

13. Dezember (RK) Zum 13. Mal seit ihrem Bestehen werden heuer Freise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Der Wiener Gemeinderat hat Dr. Karl Renner anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres durch die Errichtung der Stiftung ein sinvolles Geburtstagsgeschenk gemacht.

Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Diese ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu würdigen. Es muß sich dabei um Leistungen von ganz besonderer Art handeln: Um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter den erschwerenden Umständen erfolgt und geeignet ist, die mitmenschlichen Beziehungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um ein Wirken von weittragender Bedeutung, durch welches das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöht wird.

Auf Grund eines einstimmigen Vorschlages des Stiftungskuratoriums hat Bürgermeister Bruno Marek bestimmt, daß der Preis des Jahres 1966 zwischen den vier Personengemeinschaften Musikalische Jugend Österreichs, Chorvereinigung "Jung-Wien", Chor des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Aktion "Jugend am Werk" geteilt wird. Auf jede der vier Jugendgemeinschaften entfällt ein Geldbetrag von 50.000,- Schilling.

Die feierliche Preisverleihung findet im Jänner im Rathaus statt. Das Datum wird rechtzeitig mitgeteilt.

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Debatte über das Wohlfahrtswesen

=====

13. Dezember (RK) GR. Lehner (ÖVP) spricht über die Jugendbetreuung und die Jugendfürsorge. Er stellt einleitend fest, daß unsere Jugend gut ist. Sie ist tüchtig, aber wir Erwachsenen haben oft nicht der Jugend das Beispiel gegeben, das wir geben sollten. Wenn sich manche Leute über die Schlechtigkeit der Jugend alterieren, so sollten diese Herrschaften zunächst vor ihrer eigenen Tür kehren. Es liegt freilich in der Natur des Menschen, daß er schnell seine eigenen Sünden vergißt und seine eigenen Fehler verniedlicht.

Wir haben in Wien eine hervorragende Zahl von Jugendorganisationen und dann haben wir in Wien eine Jugendfürsorge mit hervorragend ausgebildeten Mitarbeitern, die dann eingreifen, wenn es die Bestimmungen verlangen. Ob diese Bestimmungen noch der heutigen Zeit in jedem Fall entsprechen, sei schwer zu beurteilen. Die Probleme unserer Jugend verändern sich ebenso stark, wie sich alles in den letzten Jahrzehnten sehr stark verändert hat. Das Leben wird heute in allen Phasen von Wissenschaftlern untersucht und studiert und jeder auf den Markt kommende Artikel wird getestet und erprobt. Aber wir tun nicht genug, um zu erfahren, warum und wodurch ein Kind oft eine Veränderung durchmacht, die von uns nicht verstanden wird. In den meisten Fällen kommt es dann zu den ersten Differenzen innerhalb der Familie und in manchen anderen muß dann sogar die Jugendfürsorge einschreiten. In vielen Fällen führt dieser Weg zum Erfolg. Manche Jugendliche müssen jedoch auch aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden, weil sie nicht erziehbar sind. Sie sind dann in der entscheidenden Phase ihrer Entwicklung auf sich gestellt und die negativen Eigenschaften können sich ungestört weiterentwickeln. Das Institut für Jugendkunde hat sich daher entschlossen durch einen seiner führenden Wissenschaftler einen Erfassungsplan für diese aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen auszuarbeiten. Es sollte überprüft werden, wie stark der gute Kern auch in solchen schwierigen Fällen ist, inwieweit er sich durchsetzen kann und welche Möglichkeiten zur Hilfe bestehen.

Leider war es nicht möglich, für diese diskrete Untersuchung die Einsichtnahme in Fürsorgeakten zu erhalten. Auch die finanzielle Förderung des Instituts sei mehr als bescheiden und es müßten entsprechende Möglichkeiten für eine Unterstützung gefunden werden.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß, bedingt durch den Personalmangel, die Besuche bei den Pflegekindern nur mehr einmal jährlich möglich sind. Dadurch kann man auf eventuell vorhandene Mißstände nur sehr spät aufmerksam werden.

Bei der in Aussicht genommenen Novellierung des Jugendschutzgesetzes müßte man versuchen, das Gesetz den letzten Erkenntnissen anzupassen. Notwendig wäre es auch, wie seinerzeit eine leicht verständliche diesbezügliche Broschüre herauszugeben. Dies müßte jedoch bald nach Inkrafttreten des Gesetzes geschehen.

Auf dem Sektor der Jugendkriminalität ist zu sagen, daß die Zahl der straffälligen Jugendlichen gleich bleibt. Man muß allerdings feststellen, daß die Aggressivdelikte im Steigen sind. Leider wird in den letzten Jahren das Idealbild des Mannes immer als "hart, härter und noch härter" hingestellt. Den jungen Männern sei gesagt, daß das Leben die notwendige Härte nicht vermissen läßt, und den Mädchen soll man sagen, daß der ideale Mann andere Vorzüge haben soll als übertriebene Härte. Bedauerlich ist jedoch, welche Art der Vergehen die Jugendlichen vor den Richter bringt. So ist jeder dritte jugendliche Übeltäter wegen eines Verbrechens angeklagt, bei den Erwachsenen nur jeder achte. Es wäre die prophylaktische Aufklärung vor allem der Eltern und Erziehungsberechtigten notwendig. Kriminalbeamte, vor allem weibliche, sollten im Fernsehen, bei Elternvereinen, in Schulen und in Jugendorganisationen Vorträge halten. Am Gemeinderat wird es liegen, hierfür die nötigen Geldmittel bereitzustellen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die heutige Jugend nicht schlechter ist, als vielleicht jene Generation, der die meisten der anwesenden Gemeinderäte angehören, es war. So wurden in den Jahren zwischen 1930 und 1938 von 1000 Jugendlichen in Österreich 21 verurteilt. ./.

Heute liegt der Durchschnitt bei 20. Wenn man also der Statistik glauben kann - und das darf man doch annehmen - dann ist die heutige Jugend noch besser, als sie früher war.

GR. Gratzl (SPÖ) beschäftigt sich gleichfalls mit dem Jugendproblem und verweist darauf, daß es auch in unserer heutigen Gesellschaft Menschen gibt, die noch nicht am allgemeinen Wohlstand teilhaben können. Für junge Leute, die in der ersten Republik keinen Arbeitsplatz finden konnten, wurde die Einrichtung "Jugend in Not" geschaffen. Diese Aktion hatte die Aufgabe, die Jugendlichen von der Straße wegzubringen und sie zu betreuen und zu beschäftigen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde diese Aktion unter dem Namen "Jugend am Werk" von Bürgermeister Körner wieder ins Leben gerufen. Damit wurde auch in der Jugendbetreuung ein Weg gewiesen, der den jungen Menschen für die Arbeit, die Gemeinschaft und vor allem zur Ordnung erzog. Viele Jugendliche haben im Rahmen der Aktion beim Wegräumen des Schuttes geholfen. In den ersten Jahren gab es 14 Heime, die über das Stadtgebiet verstreut waren. Man bereitete die Jugendlichen auf das Berufsleben vor, hielt zur Nachschulung Hauptschulkurse ab und betrieb Lehrwerkstätten, in denen die Jugendlichen nicht nur ausgebildet, sondern wie es notwendig war, auch umgeschult wurden. Hochqualifizierte Fachkräfte sorgten für die Ausbildung der Jugendlichen.

Mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ist zwangsläufig auch die Tätigkeit von "Jugend am Werk" ausgeweitet und den Verhältnissen angepaßt worden. Es gibt heute Berufsvorschulungs- und Erprobungskurse und für die Berufsunentschlossenen konnte eine Brücke zum Beruf geschlagen werden.

Zwei Hauptaufgaben stehen im Vordergrund der Vereinstätigkeit: Einmal die Einordnung jener junger Menschen in den Arbeitsprozeß, die auch in der Zeit der Vollbeschäftigung keinen Arbeitsplatz finden, also vor allem der behinderten Jugendlichen. Für sie wurden die sogenannten Arbeitsgruppen eingerichtet, deren Zahl zunimmt. Die Tätigkeit in diesen Arbeitsgruppen hat sich zu Verrichtungen für Industrie und Gewerbe hin entwickelt.

Die zweite Hauptaufgabe sind die Lehrwerkstätten, wo Lehrlinge, die für die Meisterlehre ungeeignet sind oder daran scheiterten, ihre Ausbildung vollenden können. Die Absolventen dieser Lehrwerkstätten sind gesuchte Fachkräfte, die von Industrie und Gewerbe gerne genommen werden.

Neue Aufgaben erwachsen dem Verein auch durch das Wiener Behindertengesetz 1966. Im kommenden Jahr werden etwas mehr Subventionsmittel gebraucht werden, als heuer. Die Stadt Wien wird sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen, ebenso aufgeschlossen sollen auch die anderen Subventionsträger sein, nämlich das Sozialministerium, die Gewerkschaften und Kammern.

Industrie und Gewerbe müssen auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden, die der Verein ihnen bietet und sollen ihm entsprechende Aufträge erteilen.

Mit Sorge erfüllt uns, daß viele Jugendliche auf eine Berufsausbildung verzichten, um rascher zu verdienen. Der Entwurf des neuen Familienlastenausgleiches, den der Finanzminister vorgelegt hat, bedeutet eine Schlechterstellung jener Eltern, die ihren Kindern eine Berufsausbildung zuteil werden lassen, und ist daher auf den Einspruch der zuständigen Gremien gestoßen. Es ist sehr bedenklich, die Lehrlingsentschädigung als Einkommen zu betrachten, weil dadurch die Kinderbeihilfe wegfällt. In Zukunft wird unsere Wirtschaft noch mehr qualifizierte Fachkräfte benötigen, deren Ausbildung durch solche negativen, familienpolitischen Maßnahmen nicht gefährdet werden soll.

In der Lorenz Müller-Gasse werden afrikanische Lehrlinge ausgebildet, wodurch wertvolle menschliche Kontakte zu Afrika hergestellt werden.

"Jugend am Werk" betreut derzeit 453 Jugendliche und beschäftigt dafür 63 hauptamtliche Mitarbeiter, denen für ihre Tätigkeit Dank und Anerkennung gebührt. Eine große Anerkennung liegt auch darin, daß dem Verein "Jugend am Werk" der Dr. Karl Renner-Preis 1966 verliehen worden ist. (Beifall aller Fraktionen.)

GR. Lauscher (KLS) meinte, 1966 sei keine wesentliche Änderung in der Sozialarbeit eingetreten. In der Familienpolitik bestünden in Österreich verschiedene Auffassungen.

Seine Fraktion vertrete die Meinung, daß die Familie heute um sich herum ein dichtes Netz sozialer Einrichtungen benötige. Die Erhaltung und der Ausbau dieser Einrichtungen sei eine erstrangige Verpflichtung der Gebietskörperschaften.

Der Platzmangel in den Kindertagesheimen ist nach wie vor für tausende berufstätige Mütter eine schwere Belastung. Der Ausbau der Kindergärten und Heime ist weit hinter den rasch wachsenden Bedürfnissen zurückgeblieben. Es gibt viele Vorkehrungen und lange Wartezeiten. Deshalb wäre es unbedingt notwendig, schon bei der Planung von neuen Wohnhausanlagen den Bau von Kindertagesheimen zu berücksichtigen.

Die Kinderhort-Beiträge wurden gegen unsere Stimmen erhöht. Im Budget wird mit Mehreinnahmen von mehr als acht Millionen aus diesem Titel gerechnet. Der Debattenredner stellt den städtischen Kindergärten mit ihren, seiner Meinung nach, zu hohen Beiträgen die privaten Halbinternate gegenüber, die oft billiger seien.

Auch auf dem Personalsektor sind keine wesentlichen Änderungen zu bemerken, die angespannte Situation dauert an. Die Tatsachen sind so alarmierend, daß die weitere Entwicklung sehr gefährlich werden kann. Durch den Personalmangel ist auch das pädagogische Niveau in den Kindergärten gesunken, die individuelle Betreuung ist mangelhaft. Deshalb herrscht auch unter den Kindergärtnerinnen Unzufriedenheit, denn sie wollen ja so arbeiten, wie sie es gelernt haben. Die Praxis gibt ihnen jedoch nicht die Möglichkeit dazu. Die vermehrte Einstellung von Kindergartenhelferinnen trägt leider auch nicht zur Besserung der pädagogischen Arbeit bei, ebenso nicht zur gewünschten Aufwertung des Berufs der diplomierten Kindergärtnerin. Dazu kommt, daß vielen Kindergärtnerinnen die Erschwerniszulage von 159 Schilling als zu gering erscheint.

Es erhebt sich daher die Forderung, daß alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Beruf der Kindergärtnerin attraktiver zu gestalten. So müßte man zum Beispiel den Kindergärtnerinnen nach Absolvierung einer längeren Ausbildung die Maturareife anerkennen. Auch kleine Vergünstigungen sind nicht zu unterschätzen: Man könnte zum Beispiel jenen Kindergärtnerinnen, die eigene Kinder in den Horten haben, das Besuchsgeld erlassen.

Es wäre interessant, zu erfahren, wieviele Absolventinnen der Ausbildungslehrgänge in den Dienst der Gemeinde Wien eintreten und wie lange sie dort bleiben.

Ferner kritisiert GR.Lauscher den Mangel an Sonderkindergärten für entwicklungsgeschädigte Kinder, besonders in den Gebieten jenseits der Donau. Im vorliegenden Budget sind keine Mittel dafür vorgesehen.

Die Verpflegung in den Kindergärten hat sich im letzten Jahr ebenfalls nicht gebessert. Der Redner stellt die Frage, ob auf Grund der vorjährigen Kritik der KLS-Fraktion an diesen Zuständen eine Überprüfung vorgenommen wurde. Heuer im Sommer sei zum Beispiel schlechter Häuptelsalat für die Verpflegung der Kinder geliefert worden, für die Jausenbrote stehe nur 1 Dekagramm Butter je Kind zur Verfügung.

Der Platzmangel in den Fürsorgeerziehungsanstalten wurde noch durch die Einführung des neunten Schuljahres verschärft. Leider stehen auch die Plätze in der Boltzmanngasse nicht mehr zur Verfügung. Viele Beschwerden gibt es über die Vertragsheime. Hier verlangt der Redner gleichfalls Auskunft darüber, wie es mit der Kontrolle seitens der Gemeinde Wien auf diesem Gebiet aussieht. Lobende Worte findet der Redner schließlich für die Gesellenheime, deren Einzelzimmer von den Jugendlichen sehr geschätzt werden.

Auch der Personalmangel auf diesem Gebiet hat ungünstige Auswirkungen auf die Arbeit der Fürsorgerinnen, die durch verschiedene Erschwernisse nicht alle ihre Aufgaben bewältigen können. Dazu gehört auch die unterschiedliche Besoldung der Fürsorgerinnen für die gleiche Arbeit. Ihre Einreihung in die Besoldungsgruppe B wurde noch immer nicht durchgeführt. Auch bürokratische Schwierigkeiten werden den Fürsorgerinnen gemacht, vor allem dann, wenn es um die Freistellung einer Fürsorgerin geht, die sich weiterbilden will. Bei der Betreuung der alten Menschen steht die Stadt Wien noch vor großen Aufgaben. Es mangelt an Altersspitälern und an Geriatrieabteilungen und Abteilungen für chronisch Kranke in den bestehenden Spitälern. Auch der Ausbau anderer Fürsorgeeinrichtungen wäre deshalb notwendig, wie die Hauskrankenpflege oder die Einrichtung eines Essendienstes auf Rädern.

Wenn alte Mitbürger in ihren Wohnungen bleiben können und regelmäßig betreut werden, kommt das nicht nur billiger als Altersheime, die alten Leute werden auch nicht so sehr von der Einsamkeit geplagt wie in den Heimen. Die Individualfürsorge, Pensionistenklubs und andere Aktionen, sollen weitergepflegt und entwickelt werden. Besonders dringend wäre der Ausbau der Pensionistenheime.

Man sollte auch die Aufgabe und Funktion der Fürsorgeräte neu überdenken.

GR. Lauscher stellt dann einen Antrag, den Heizzuschuß auf 120 Schilling zu erhöhen. Dieser Zuschuß beträgt derzeit, seit fünf Jahren unverändert, 100 Schilling.

Abschließend fordert der Redner konkrete Maßnahmen, um den Opfern des Faschismus mehr Hilfe angedeihen zu lassen. Mit einer Million Schilling jährlich könnte schon echte Hilfe geleistet werden. Er wolle keinen Antrag stellen, sondern hoffe, daß seine Anregung aufgegriffen wird.

Die KLS-Fraktion werde den Ansätzen dieses Kapitels die Zustimmung geben.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) beschäftigt sich vorerst mit den zur Durchführung des Behindertengesetzes notwendigen Maßnahmen. Erste Voraussetzung für die entsprechende Durchführung sei die Bereitstellung ausreichender Mittel. Während jedoch bei der Vorlage des Gesetzes im Sommer dieses Jahres von einem erforderlichen Aufwand von rund 27,4 Millionen Schilling gesprochen wurde, sind in den Ansätzen für 1967 unter dem Titel "Behindertenhilfe" fünf Millionen und unter der Post "Arbeitstherapeutische Kurse für Körperbehinderte" 470.000 Schilling veranschlagt. Der Redner ersucht um Aufklärung, wie es zu dieser Diskrepanz zwischen den seinerzeit bekanntgegebenen Beträgen und den veranschlagten kommen konnte.

Nach dem Behindertengesetz müssen die einzelnen Leistungen von den Behinderten oder ihren Vertretern beantragt werden. Hier wäre nach Ansicht des Redners eine gewisse Aufklärungsarbeit notwendig und darüber hinaus hätte die Stadt Wien die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die im Gesetz vorgesehenen Einrichtungen zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Bei der Hilfe zur beruflichen Eingliederung können wir teilweise auf die Arbeitstherapeutischen Kurse zurückgreifen, wogegen die Beschäftigungstherapie eine völlig neue Leistung ist, für die die notwendigen Einrichtungen ehestens geschaffen werden müssen. Man müßte auch eine Übersicht darüber bekommen, wieviel geschützte Werkstätten in Wien durch Privatinitiative zur Verfügung stehen und wo die Gemeinde ersatzweise einspringen muß.

Wie aus Unterlagen zu ersehen ist, rechnet man mit Einnahmen unter dem Titel der Arbeitstherapeutischen Kurse. Diese Kurse verfolgen doch den Zweck, körperbehinderte Menschen in das normale Berufsleben einzugliedern und es sei daher unverständlich, daß man von einem Teil der Behinderten hierfür einen Beitrag verlangt. Letzten Endes liege diese Eingliederung in den Arbeitsprozeß auch im Interesse der Stadt Wien. Außerdem dürfte man übersehen haben, daß mit Inkrafttreten des Behindertengesetzes ein Anspruch des Behinderten auf berufliche Eingliederung gegeben ist.

Zur Erwachsenenfürsorge: Bedauerlich ist, daß der für die Dauerbefürsorgten veranschlagte Betrag um fast zehn Millionen höher ist und daher den Preis- und Tarifierhöhungen, die gerade diese Menschen hart treffen, Rechnung trägt. Auch die Aufwendungen für die Pensionistenklubs, die Landaufenthalts- und Ausflugsaktionen sind zu begrüßen, weil sie Abwechslung und Freude in das oft eintönige Leben unserer alten Mitbürger bringen. Alle diese Tatsachen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auf dem Sektor der Altenbetreuung noch ernste Probleme gibt. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der alten Leute, jedoch nicht die Anzahl der Heime, in denen sie, sobald sie Betreuung brauchen, aufgenommen werden können. Wir haben derzeit für die Altersheime etwa 600 bewilligte Einweisungsansuchen, die nicht berücksichtigt werden können. Der Prozentsatz der bettlägerigen Pfléglinge in den Altersheimen hat sich auf 90 erhöht. Daneben sind in den Krankenanstalten viele reine Pflegefälle untergebracht, die gleichfalls auf ein Bett in einem Altersheim warten. Außer einigen Umbauten in Lainz und Baumgarten hatten wir auf diesem Sektor keinen Fortschritt zu verzeichnen.

Vor zehn Jahren gab es in den Altersheimen 6235 Betten, derzeit verfügen wir über 6395. Die Erhöhung der Bettenzahl hat also keineswegs Schritt gehalten mit dem hinzugekommenen Bedarf. Sollen wir dieses Problem bewältigen, brauchen wir zusätzlich neue Alterspflegeheime. Bis jetzt haben wir nur das eine in Stadlau in Planung.

Bei der Betreuung der alten Menschen, die noch rüstig sind, ist wenigstens der erste Schritt in der Form der Pensionistenheime getan worden. Dieser Typ eines Heimes entspricht vielen alten Menschen, das zeigt die Zahl der Vormerkungen, die gegenwärtig bei 4000 liegt. Leider wurde der Baubeginn der beiden geplanten Pensionistenheime um ein Jahr zurückgestellt. Als Mangel bezeichnet es der Redner, daß die Pensionistenheime keine Pflegeabteilung für bettlägerige Heimbewohner haben. Hier müßte Abhilfe geschaffen werden.

Zur Jugendfürsorge: Der Nachholbedarf ist kaum geringer, als bei der Altersfürsorge. Derzeit entspricht die Zahl der Plätze in den Kindertagesheimen einschließlich der Horte knapp einem Wiener Geburtsjahrgang. Es ist daher erfreulich, daß im Vorschlag der Baubeginn von sechs - nach Ausführung von Frau Stadtrat Jacobi sogar von sieben - Heimen angekündigt wird.

Leider gibt es bei den Kindergärten auch Personalschwierigkeiten, da der Personalabgang jährlich zehn Prozent beträgt und nicht genügend Nachwuchs vorhanden ist. Daran ist sicher auch eine unzureichende Werbung für die Kindergärtnerinnenschule schuld. Aber auch die Anfangsgehälter sind ungenügend, was ein neues Gehaltsschema notwendig macht.

Vor zwei Jahren hat die FPÖ-Fraktion einen Antrag auf Errichtung von Betriebskindergärten in Spitälern gestellt und darauf die Antwort erhalten, dafür seien weder Räume noch Personal vorhanden. Im Rudolfspital besteht der Wunsch nach einem Kindergarten und es wären auch Räume vorhanden.

Eine neuerliche Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten, die erst kürzlich um 25 Prozent gestiegen sind, erscheint nicht zumutbar. Die Errechnung eines Kostendeckungsfaktors ist bei den Kindergärten nicht am Platz.

GR. Dr. Hirnschall fragte in diesem Zusammenhang an, wie es zu dem Kostendeckungsfaktor für die Kindergärten von 21 Prozent gekommen sei und bat auch um Aufklärung über eine Unstimmigkeit zwischen der Höhe der Ausgabenpost für Schüler-Essen und Sonderhilfsaktionen im Budgetentwurf und in den Tabellen der Finanzverwaltung.

Die FPÖ wird den Ansätzen des IV. Hauptstückes zustimmen.

GR. Dr. Krasser (ÖVP) befaßte sich mit dem Problem der nicht pflegebedürftigen alten Menschen. Der Anteil der über 65jährigen hat sich seit 1900 durchschnittlich vervierfacht. 1910 waren vier Prozent der Wiener Bevölkerung über 65 Jahre alt, 1951 waren es 13 und 1966 sind es 17 Prozent. Von dieser Altersgruppe sind 48 Prozent alleinstehende Frauen und zehn Prozent alleinstehende Männer.

Während die Bettlägerigen in Altersspitälern Aufnahme finden, ist es die Verpflichtung der Gemeinschaft, auch den nicht pflegebedürftigen betagten Menschen zu helfen. Dafür wurde das Kuratorium "Wiener Pensionistenheime" gegründet. Da die Stadt Wien 25 Prozent der Gesamtbetriebskosten der Pensionistenheime deckt, können hier auch Personen aufgenommen werden, die nicht den vollen Verpflegsbeitrag zahlen können.

Pensionistenheime wären also eine ideale Lösung des Problems, aber vorläufig gibt es noch viel zu wenig. Es liegen bereits viertausend Anmeldungen vor, demnach konnten also bisher nur sieben Prozent des angemeldeten Bedarfes gedeckt werden. Viele haben sich aber gar nicht angemeldet, so daß schätzungsweise nur drei Prozent der in Frage kommenden Personen in Pensionistenheimen Platz finden.

Glücklicherweise gibt es viele Institutionen, die sich ebenfalls um alte Leute kümmern. Die Altersheime der privaten Stiftungen oder der kirchlichen Organisationen entfalten eine segensreiche Tätigkeit, werden von der Gesellschaft aber oft nur unzureichend unterstützt. Auch bei einer Tagung der Wiener "Volkshilfe" wurde die Bedeutung der privaten Fürsorge unterstrichen.

Wien muß mit den privaten Wohlfahrtsorganisationen eine echte Partnerschaft eingehen und letzteren jede mögliche Hilfe zuteil werden lassen. Es wäre auch zu prüfen, ob der Ausbau bestehender privater Heime nicht billiger käme als Neubauten. Man darf jedenfalls nichts unversucht lassen, um den alten Menschen die Furcht vor dem Alter zu nehmen.

Gemeinderat Srp (SPÖ) sagte, es war aus der Debatte herauszuhören, daß die Sozialarbeit heute nicht hoch im Kurs steht. Die pädagogische Arbeit ist aber heute ganz besonders wichtig. Der Tätigkeit der Fürsorgerinnen, Amtsvormünder und Kindergärtnerinnen kommt hier besondere Bedeutung zu. Ihr Wirken muß nicht nur gerecht entlohnt sondern auch gesellschaftlich anerkannt werden. Große Fachkenntnisse sind für diese Berufe nötig. In Wien sorgen gegenwärtig 83 Amtsvormunde für rund 23.000 Mündel. 8,6 Prozent der in Wien geborenen Kinder kommen außerehelich zur Welt. Zum Vergleich die entsprechende Zahl aus dem Jahr 1911: damals waren 28 Prozent aller Geburten außerehelich.

Der Amtsvormund muß mit den zahlreichen gesetzlichen Bestimmungen vertraut sein, wie etwa mit dem Jugendschutz- und dem Unterhaltsschutzgesetz, er muß über die Praxis bei Vaterschaftsprozessen Bescheid wissen - allein im Jahr 1965 hat die Amtsvormundschaft insgesamt 507 Vaterschaftsprozesse in 3.450 Gerichtstagsatzungen geführt - und er muß sich schließlich auch im Strafgesetzbuch auskennen. denn manchmal kommt es vor, daß ein Mündel straffällig wird.

Der verlängerte Arm der Vormunde sind die Fürsorgerinnen, deren ebenfalls äußerst schwierige und komplizierte Tätigkeit nur zu oft nicht genügend gewürdigt wird. Oft genug gibt es auch ungerechtfertigte Kritik an der Tätigkeit der Fürsorgerinnen. In diesem Zusammenhang zitiert der Redner einen kürzlich erschienenen Zeitungsbericht, in dem die aufopferungsvolle Arbeit einer Fürsorgerin mißverstanden und mißdeutet wurde. Obwohl es sich dabei um einen Fall handelte, in dem das Jugendgericht einschreiten mußte, hat die Zeitung der Fürsorgerin diskreditiert. Der Redner richtet daher an die Presse den Appell, die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß zu informieren.

Gemeinderat Dr. Marga Hubinek (ÖVP) meint einleitend, daß in den letzten Jahren das Vertrauen in unsere Sozialbürokratie etwas ins Wanken geraten ist. Die Sozialarbeit muß der neuen Situation angepaßt werden, ein Umdenken ist notwendig. Es ist klar, daß die unzureichende Zahl der Sozialarbeiter ein Hemmschuh dabei ist. Der Personalmangel ist eine der Hauptgründe dafür, daß trotz einer vorbildlichen Sozialgesetzgebung sich ein gewisses Unbehagen in Österreich breitmacht und eine Reihe von Menschen vergeblich auf Betreuung wartet.

In Anbetracht der Kinder- und Jugendverwahrlosung, die zumeist auf eine mangelhafte Erziehung im Elternhaus zurückzuführen ist, und in Anbetracht der Jugendkriminalität wären Resozialisierungsmaßnahmen notwendig, für die es aber leider an Geld und Personal mangelt. Die Rednerin vermißt in den Budgetansätzen ferner Mittel für die Lebensmüdevorsorge, was umso bedauerlicher ist, als Wien einen traurigen Rekord in der Selbstmordstatistik hält.

Gemeinderat Dr. Hubinek verlangt sodann eine Aufwertung des Berufes der Sozialarbeiter, vor allem durch eine verstärkte fachliche Ausbildung und eine finanzielle Besserstellung. Ferner müßte an eine Novellierung der gesetzlichen Regelung für die Ausbildung der Fürsorgerinnen gedacht werden. In verstärktem Maß sollte man sich schließlich auch die Erfahrungen der sogenannten "Case-Work" zu eigen machen, die eine weitgehende individuelle Betreuung vorsieht.

Es ist eine Tatsache, daß die privaten Wohlfahrtsorganisationen eine echte Leistung im Dienst der Gemeinschaft erbringen. Hier muß man jedoch die Ansicht revidieren, daß die private Fürsorge eine Konkurrenz der öffentlichen Fürsorge sei. Auf diesem Gebiet darf es nur Partnerschaft und Zusammenarbeit geben. Die Rednerin weist schließlich auf den nachahmenswerten Versuch einer privaten Organisation in Floridsdorf hin, die zwei Krankenpflegerinnen mit eigenem Auto zur Betreuung alter und kranker Menschen in deren Wohnungen eingesetzt hat.

Es gibt auch private Einrichtungen, deren wir uns gut bedienen könnten. So die Rehabilitationsstation für schizophrene Jugendliche in Lanzendorf, dann die "Lebenshilfe", ein Zusammenschluß von Eltern, die behinderte Kinder haben. Gerade diese Organisation sollte man nicht als Konkurrenzierung von "Jugend am Werk" betrachten.

Zum Essendienst auf Rädern hat die Kammer der gewerblichen Wirtschaft keine Bedenken geäußert; das muß ein Mißverständnis in der Berichterstattung gewesen sein. Sie glaube auch, daß man mit dieser Aktion vielen alten Menschen helfen können wird.

Abschließend erklärt Dr. Hubinek, sie habe deshalb konstruktive Kritik geübt, weil die Reform der Sozialarbeit die ganze Gesellschaft angeht. Die unbewältigten Probleme von heute können sich zu einer Gefahr für morgen entwickeln. Die ÖVP-Fraktion werde dem Wohlfahrtsbudget zustimmen.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) begrüßt die finanzielle Gleichstellung der Dauerbefürsorgten. Sie unterstreicht in diesem Zusammenhang das Recht des Menschen auf Fürsorge.

Die Fürsorgeleistungen der Gemeinde Wien sind in den letzten Jahren dauernd verbessert worden. Neben der finanziellen Sicherung ist auch die individuelle Betreuung wichtig.

Als eine begrüßenswerte Aktion bezeichnet die Rednerin die Heimhilfe. Seit Jahren bemüht man sich um eine Ausweitung dieser Einrichtung, aber natürlich gibt es auch hier, wie fast in allen Zweigen unserer Verwaltung, ein Personalproblem. Es ist daher besonders erfreulich, daß sich doch immer wieder Frauen für die Heimhilfe zur Verfügung stellen. Gute Hilfe leistet auf diesem Gebiet der Verein "Die Frau und ihre Wohnung", der seit zehn Jahren Heimhilfen zur Verfügung stellt. Leider blieb ein vom Verein an das Sozialministerium gestelltes Ansuchen um Unterstützung unbeantwortet.

Die Rednerin schließt mit der Bitte an die Stadträte der Geschäftsgruppe VI und IX, auch in Zukunft dem Einbau von Aufzügen in Althäusern ihr Augenmerk zuzuwenden. Gerade in den Althäusern wohnen ältere und gebrechliche Menschen, denen das Stiegensteigen besonders schwer fällt.

Namens der SPÖ-Fraktion erteilt sie den Ansätzen die Zustimmung.

Stadtrat Maria Jacobi dankt im Schlußwort den Debattenrednern für die ausführliche Behandlung dieser Geschäftsgruppe. Bei der Vorbringung von Beschwerden sollte man sich jedoch nicht auf Verallgemeinerungen beschränken sondern konkrete Tatsachen bringen. Nur dann wird es möglich sein, etwaige Mängel beseitigen zu können.

Zur Forderung, die Bestimmungen zu überprüfen, nach denen in der Jugendfürsorge gearbeitet wird: Seit vielen Jahren gibt es eine Arbeitsgemeinschaft für Jugendwohlfahrt und für öffentliche Fürsorge, die sich aus Vertretern der Länder zusammensetzt und periodisch Sitzungen abhält. Dort werden die Probleme besprochen, geprüft und die rechtlichen Voraussetzungen für die Handhabung der Gesetze erarbeitet.

Zur Entlassung von Jugendlichen wegen Unerziehbarkeit aus den Heimen: Mit diesem Problem haben sich die Sozialreferenten seit Jahren beschäftigt. Es wurde die Anregung gegeben, in gemeinsamen Zusammenwirken mit den Bundesländern ein Heim für derartige Fälle zu schaffen. Niederösterreich hat es seinerzeit übernommen, dieses Heim zu errichten. Nach dem Rücktritt des Landesrates Wenger, der sich der Sache angenommen hatte, ist jedoch nicht bekannt, wie weit die Angelegenheit gediehen ist.

Daß einer wissenschaftlichen Institution keine Einsicht in Jugendfürsorgeakten gewährt wurde, sei unverständlich. Der Stadträtin und ihren Beamten ist von einem derartigen Verlangen nie berichtet worden. Sie wird der Sache nachgehen.

Daß nach der vorgesehenen Novellierung des Jugendschutzgesetzes eine neue Broschüre herausgegeben werde, sei selbstverständlich.

Zur Behauptung, Eltern hätten ihre Kinder aus städtischen Horten herausnehmen müssen, weil die Gebührenerhöhung für sie untragbar war, ist zu sagen, daß die letzte Gebührenerhöhung sich auf die Horte überhaupt nicht bezogen hat.

Fragen der Personaleinstufung gehören nicht in ihr Ressort. Die Absolventinnen der Kindergärtnerinnenbildungsanstalt treten fast zur Gänze in den Gemeindedienst ein. Verständlicherweise scheiden sie vielfach nach Familiengründung wieder aus.

Das Essen in den Kindergärten wird ständig überprüft. Gerade dabei ist es jedoch schwer, es allen Leuten recht zu machen.

Daß die Fürsorgeräte auch andere Aufgaben haben, als sich um die Befürsorgten zu kümmern, betone ich bei jeder Angelobung von Fürsorgeräten. Immerhin werden durchschnittlich jede Woche 20 neue Fürsorgeräte angelobt. In Wien kommen derzeit auf einen Fürsorgerat vier Dauerbefürsorgte.

Ich erhalte auch ständig Beweise dafür, daß Fürsorgeräte Hilfeleistungen für hilfsbedürftige alte Menschen innerhalb der Hausgemeinschaften organisieren.

Vas den Antrag auf Erhöhung des Heizungszuschlages für Befürsorgte betrifft, ist dazu zu bemerken, daß wir nicht nur die Fürsorgerichtsätze um 8,3 Prozent erhöht haben und jene Teuerungszuschläge dazugeben werden, die das Parlament beschließen wird. Wir zahlen 1967 darüber hinaus auch Zuschüsse bis zur vollen Höhe der Ausgleichsrente. Auch Ausgleichsrentner werden unterstützt, wenn sie beispielsweise mehr als 150 Schilling Miete bezahlen oder andere Sonderausgaben haben. Auch die Befürsorgten werden natürlich nach diesen Grundsätzen behandelt. Sie brauchen aber jetzt nicht mehr beim Fürsorgerat von Fall zu Fall Einzelaushilfen ansprechen.

Es ist nicht richtig, daß die Opferfürsorgeabgabe ständig sinkt. Sie ist seit 1959 nur leichten Schwankungen unterworfen, und bewegt sich zwischen 3,3 und 3,9 Millionen Schilling.

Es wurde gesagt, 5 Millionen Schilling werden für die Verpflichtungen aus dem Behindertengesetz nicht ausreichen. Bis jetzt haben sich aber nur wenige Anspruchsberechtigte gemeldet und im Budget sollen nur jene Beträge gebunden werden, die man voraussichtlich wirklich braucht. Nachdem uns das Gesetz zu gewissen Hilfeleistungen verpflichtet, werden die Beträge selbstverständlich erhöht, wenn ein entsprechender Bedarf vorhanden ist. Auch bei der Blindenbeihilfe war es so, da sie in den ersten Jahren nur von wenigen in Anspruch genommen wurde.

Zu den aufgezeigten Unstimmigkeiten zwischen dem Voranschlag und der Tabelle II der Finanzverwaltung ist zunächst auf deren Erläuterungen zu verweisen, die bereits betonen, daß bei bestimmten sozialen Aufgaben das Kostendeckungsprinzip nicht maßgebend sein kann. Die Finanzverwaltung ist jedoch verpflichtet, das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben festzustellen. An eine Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten ist nicht gedacht, zumal die heuer beschlossene Erhöhung erst in November in Kraft trat. Die geringfügige Differenz in den Ausgaben für die Kindertagesheime im Voranschlag und in der Tabelle II ist auf die geplante Vermehrung der Kindertagesheime einerseits und die erhöhten Elternbeiträge andererseits zurückzuführen.

Der Vorschlag gliedert die Ausgaben für die Kindergärten ohnehin detailliert auf.

Zur Frage, was mit jenen Bewohnern von Pensionistenheimen geschieht die pflegebedürftig werden, hat man jene Lösung diskutiert, die in Deutschland hier und da bereits gewählt wurde: Man hat dort Altersheime mit mehreren Pavillons errichtet, in denen die alten Menschen je nach dem Grad ihrer körperlichen Rüstigkeit zusammengefaßt werden. Wir sind davon abgekommen, weil der Mensch im Pensionistenheim nicht immer jenes Haus vor Augen haben soll, wo er einmal hinkommt, wenn er pflegebedürftig wird.

Unsere modernisierten Altersheime, etwa in Baumgarten, halten jeden internationalen Vergleich aus und hoffentlich wird auch der Bau des Altersspitales in Floridsdorf bald möglich gemacht. Was die Errichtung von Kindergärten und Spitälern betrifft, müssen wir noch einmal betonen, daß wir dafür von der Geschäftsgruppe V keine geeigneten Räume erhalten können. Beim Umbau des Wilhelminenspitales haben wir zum Beispiel versucht, die früheren Verwaltungsbäume für einen Kindergarten zu bekommen, was aber abgelehnt wurde. Wir reservieren dem Spitalpersonal dafür die Hälfte der Kindergartenplätze in der Montleartstraße. Im Rudolfspital wurde uns einmal ein nahezu fensterloser Raum angeboten. Die Raumfrage ist in den Spitälern sehr schwierig. Der Kindergarten kann nicht mitten im Krankenhaus liegen und muß von außen zugänglich sein. Wo immer sich solche Möglichkeiten ergeben, sind wir gerne bereit, bei der Errichtung eines Kindergartens mitzuhelfen. Beim Umbau des Rudolfspitales wurde ja ein Kindergarten eingeplant.

Es ist erfreulich, daß die Kammer ihren ursprünglich geäußerten Einwand gegen die Errichtung eines Mittagstisches für alte Menschen zurückgezogen hat.

Abschließend dankte Stadtrat Maria Jacobi allen Debattenrednern für ihre Diskussionsbeiträge und versicherte, daß der hilfebedürftige Mensch auch weiterhin im Mittelpunkt der Bemühungen des städtischen Wohlfahrtswesens stehen werde.

Bei der darauffolgenden Abstimmung wurden die Budgetansätze des vierten Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der KLS-Fraktion wurde einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Dr. Bohmann (SPÖ), unterbricht hierauf die Sitzung. Die Budgetberatungen werden morgen Mittwoch, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Otto Glück.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Emil Lucka zum Gedenken

=====

13. Dezember (RK) Auf den 15. Dezember fällt der 25. Todestag des Schriftstellers Emil Lucka.

Er wurde am 11. Mai 1877 in Wien geboren und wandte sich nach dem Studium der Philosophie und Kunstgeschichte dem literarischen Schaffen zu. In seiner Vaterstadt entstand ein umfangreiches Lebenswerk, das philosophisch-historische Schriften, Romane, Dramen und biographische Arbeiten umfaßt. Dazu gehören die Bücher "Urgut der Menschheit", "Grenzen der Seele", "Die drei Stufen der Erotik", "Die große Zeit der Niederlande", das Spanienbuch "Inbrunst und Düsternis", der Novellenband "Der Weltkreis", die historischen Erzählungen "Isolde Weißhand", "Fredegundis", "Heiligenrast", eine Trilogie aus der Zeit der Kreuzfahrer, die Entwicklungsromane "Das Brausen der Berge" und "Am Sternbrunnen", das Schwankbuch "Jungfernprobe", die Schauspiele "Beethoven" und "Die Verzauberten" sowie eine Biographie Dostojewskijs, die durch tiefe Einfühlung in das Wesen des Dichters gekennzeichnet ist.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

13. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 S, Kohl 4 S, Weißkraut 2 bis 2,50 S
je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 4,50
bis 7 S je Kilogramm.

- - -

"40 fröhliche Finken" aus Südafrika sangen im Rathaus
=====

13. Dezember (RK) Ein südafrikanischer Kinderchor aus Uitenhage, der den Namen "Die 40 fröhlichen Finken" führt und sich gegenwärtig auf seiner ersten Europatournee befindet, gab heute im Steinernen Saal des Wiener Rathauses ein Ständchen. In Vertretung des Bürgermeisters hieß Stadtrat Rudolf Sigmund die kleinen Sänger herzlich willkommen. Mit dem Kinderchor war auch der südafrikanische Botschafter in Wien, Hendrik Gerhardus Luttig, ins Rathaus gekommen.

Der Chor, dessen Darbietungen von Stadtrat Sigmund mit Begeisterung aufgenommen wurden, hat bereits einige Konzerte in der Steiermark gegeben und wird nun bis 15. Dezember in Wien bleiben. Hier haben die kleinen Gäste im Jugendgästehaus Hütteldorf Quartier bezogen. Anschließend reisen die "Finken" nach Belgien, Westdeutschland und Frankreich, wo sie in mehreren Städten singen werden. Erst Mitte Jänner "fliegen" sie wieder in ihre südafrikanische Heimat zurück.

Stadtrat Sigmund wünschte den "fröhlichen Finken" viel Erfolg auf ihrer Tournee und überreichte der Chorleiterin, Fräulein Vesta Oelofsen, zur Erinnerung an den Besuch in unserer Stadt einen "Rosenkavalier" aus Augartenporzellan. Die Gäste revanchierten sich mit zwei Flaschen original südafrikanischen Weines.

- - -

Städtebund erörtert Planungs- und BauproblemeVergabe von Bauaufträgen durch die öffentliche Hand

13. Dezember (RK) Der Bauausschuß des Österreichischen Städtebundes, der am 12. und 13. Dezember unter dem Vorsitz der Stadtbaudirektoren Dipl.-Ing. Dr. Koller (Wien) und Dipl.-Ing. Lendenfeld (St. Pölten) in Wien tagte, hatte sich ein umfangreiches Programm gestellt, das eine Reihe besonders aktueller Probleme enthielt.

Einleitend behandelte Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. Wurzer (Technische Hochschule Wien) den Entwurf für ein Raumordnungskonzept des Bundes, wobei er die geplanten Untersuchungen und Maßnahmen erläuterte und die Möglichkeiten einer wünschenswerten Zusammenarbeit mit den Gemeinden aufzeigte.

Zum Thema "Fragen der Altstadtsanierung" berichtete Obermagistratsrat Dr. Meister (Salzburg) über den Entwurf eines Salzburger Altstadterhaltungsgesetzes. Architekt Dipl.-Ing. Heiß (Wien) stellte unter Hinweis auf eine Untersuchung des Städtebundes über den Umfang des Altstadtproblems städtebauliche Betrachtungen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. In der Diskussion wurde einhellig die Meinung vertreten, daß zwar die rechtlichen, technischen und soziologischen Fragen bei gutem Willen ohne besondere Schwierigkeiten gelöst werden könnten, der Kern des Problems aber in der Finanzierungsfrage liege. Hier müsse der Bund angesichts der Größe des Problems seinen Anteil beitragen.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Lendenfeld entwickelte an Hand präziser Überlegungen eine Theorie der Grundstückspreise.

In einem vielbeachteten Vortrag referierte Baumeister Ing. Erhard, Oberamtsrat im Kontrollamt der Stadt Wien, über das gegenwärtig besonders aktuelle Thema der "Vergabe von Bauaufträgen durch die öffentliche Hand", wobei er vor allem die einschlägigen Vorschriften, Empfehlungen, Normen und Kontrollen hinsichtlich der Ausschreibungen einer umfassenden Betrachtung unterzog. In der regen Diskussion zu diesem Gegenstand, an der neben Juristen und Technikern auch Kontrollamtsorgane teil-

nahmen, kam unter anderem die Auffassung zum Ausdruck, daß die öffentliche Verwaltung bezüglich der Gebarungssicherheit beispielgebend sein müsse.

Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Weinmeister (Graz) berichtete ein einem abschließenden Referat über die Möglichkeiten elektronischer Massenermittlung im Hochbau, wobei er sich vor allem mit den in Graz gemachten Erfahrungen befaßte.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren:
Inland 4.190, Polen 1.221, Jugoslawien 712, Bulgarien 1.365,
Rumänien 632, Ungarn 3.309, DDR 1.755, Gesamtauftrieb 13.184.
Verkauft wurde alles. Industrieware: DDR 362, Polen 330, Ungarn 576.

Preise: Extremware 18.20 bis 18.50 S (18.80 S), 1. Qualität
17.50 bis 18 S, 2. Qualität 17 bis 17.50 S, 3. Qualität (15 S)
15.30 bis 16.80 S, Zuchten extrem 15.50 bis 15.80 S, Zuchten
14 bis 15.50 S, Altschneider 12.50 bis 12.70 S. Ausländische Schweine:
Polen 15.40 bis 16.50 S, Jugoslawien 15 bis 16.50 S, Bulgarien
15 bis 16.50 S, Rumänien 15.10 bis 16.50 S, Ungarn 16 bis 16.50 S,
DDR 15.10 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich
um 46 Groschen auf 17.04 S, für bulgarische Schweine um 10 Groschen
auf 15.79 S, für DDR-Schweine um 10 Groschen auf 16.11 S, für
polnische Schweine um 22 Groschen auf 16.17 S, für ungarische
um 2 Groschen auf 16.45 S. Der Durchschnittspreis für jugoslawische
Schweine beträgt 16.03 S, für rumänische Schweine 16.14 S. Der
Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um
9 Groschen auf 16.19 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 50 Stück, hievon
4 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 43 Stück verkauft, unverkauft
blieben 7 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 4, Wien 1, Niederösterreich 30,
Steiermark 5, Burgenland 10.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 bis 16 S, Pferde extrem 10,50
bis 11 S, 1. Qualität 9 bis 9.70 S, 2. Qualität 8 bis 8.60 S,
3. Qualität 5 bis 7.50 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlacht-
pferde um 26 Groschen und für inländische Schlachtfohlen um
68 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde
beträgt 8.74 S, für Schlachtfohlen 14.88 S, für Pferde und Fohlen
9.31 S.

- - -